

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft und Energie (9. Ausschuss)

zu dem Entschließungsantrag der Abgeordneten Susanna Karawanskij, Caren Lay, Herbert Behrens, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.

– Drucksache 18/9847 –

zu der Beratung der Unterrichtung durch die Bundesregierung

– Drucksache 18/9700 –

Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 2016

A. Problem

Priorisierung der Deutschen Einheit, Beendigung von Benachteiligungen und Nutzung positiver ostdeutscher Aspekte, Angleichung des Lohn- und Gehaltsniveaus, Armutsbekämpfung, Vorlage eines Gesetzentwurfs zur steuerfinanzierten Angleichung der jeweiligen aktuellen Rentenwerte, Förderung strukturschwacher Regionen.

B. Lösung

Ablehnung des Entschließungsantrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Keine.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Entschließungsantrag auf Drucksache 18/9847 abzulehnen.

Berlin, den 14. Dezember 2016

Der Ausschuss für Wirtschaft und Energie

Dr. Peter Ramsauer
Vorsitzender

Mark Hauptmann
Berichtersteller

Bericht des Abgeordneten Mark Hauptmann

I. Überweisung

Der Entschließungsantrag auf **Drucksache 18/9847** wurde in der 194. Sitzung des Deutschen Bundestages am 30. September 2016 an den Ausschuss für Wirtschaft und Energie zur Federführung sowie an den Sportausschuss, den Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz, den Finanzausschuss, den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für Arbeit und Soziales, den Verteidigungsausschuss, den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, den Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit, den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung, den Ausschuss für Tourismus, den Ausschuss für Kultur und Medien und den Ausschuss Digitale Agenda zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Nach Auffassung der Antrag stellenden Fraktion DIE LINKE. ist die Deutsche Einheit über ein Vierteljahrhundert nach dem Beitritt der DDR vor allem auf sozialem und wirtschaftlichem Gebiet noch nicht hergestellt. So erhielten die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den neuen Bundesländern durchschnittlich nur 80 Prozent der West-Löhne, die ostdeutsche Wirtschaft stagniere seit Jahren bei 67 Prozent und das Vermögen ostdeutscher Haushalte bei 44 Prozent des West-Niveaus. Statt gleichwertiger Lebensverhältnisse sei eher eine Spaltung zwischen armen und reichen Kommunen bzw. Regionen in Ost wie West feststellbar.

Die Antragsteller fordern die Bundesregierung auf, die Deutsche Einheit zur Priorität zu machen und die geringe Durchsetzungs- und Innovationskraft ihrer Ostdeutschland-Abteilung entschieden zu verbessern, so dass Benachteiligungen beendet und positive ostdeutsche Aspekte als Gewinn für ganz Deutschland genutzt werden können. Ferner sollen geeignete Maßnahmen eingeleitet werden, um die Einkommensschere zwischen Ost und West zu schließen sowie unter Anerkennung der Tarifautonomie eine Angleichung des Lohn- und Gehaltsniveaus im Osten an das des Westens zu befördern und die hohen Armutsquoten von Frauen, Kindern und älteren Menschen zu bekämpfen. Zu diesem Zweck soll die Bundesregierung einen Gesetzentwurf vorlegen, mit dem ein steuerfinanzierter, stufenweise steigender Zuschlag eingeführt wird, mit dem für im Osten Deutschlands erworbene Rentenanwartschaften der Wertunterschied zwischen den Rentenwerten (Ost) und dem allgemeinen Rentenwert sukzessive ausgeglichen wird. Der Zuschlag soll solange gezahlt werden, bis der Unterschied zwischen dem jeweiligen aktuellen Rentenwert (Ost) und dem jeweiligen aktuellen allgemeinen Rentenwert, der im Westen gilt, im Zuge der Angleichung der Löhne und Gehälter überwunden ist. Schließlich soll eine langfristige Förderung strukturschwacher Regionen in Ost und West durch einen Solidarpakt III sowie eine finanzielle und thematische Ausweitung von Bundesprogrammen mit einem Ost-Förderschwerpunkt sichergestellt werden.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Sportausschuss** hat den Entschließungsantrag auf Drucksache 18/9847 in seiner 60. Sitzung am 14. Dezember 2016 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz** hat den Entschließungsantrag auf Drucksache 18/9847 in seiner 125. Sitzung am 14. Dezember 2016 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Finanzausschuss** hat den Entschließungsantrag auf Drucksache 18/9847 in seiner 96. Sitzung am 14. Dezember 2016 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Haushaltsausschuss** hat den Entschließungsantrag auf Drucksache 18/9847 in seiner 90. Sitzung am 14. Dezember 2016 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat den Entschließungsantrag auf Drucksache 18/9847 in seiner 99. Sitzung am 14. Dezember 2016 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Verteidigungsausschuss** hat den Entschließungsantrag auf Drucksache 18/9847 in seiner 82. Sitzung am 14. Dezember 2016 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat den Entschließungsantrag auf Drucksache 18/9847 in seiner 78. Sitzung am 14. Dezember 2016 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur** hat den Entschließungsantrag auf Drucksache 18/9847 in seiner 91. Sitzung am 14. Dezember 2016 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit** hat den Entschließungsantrag auf Drucksache 18/9847 in seiner 99. Sitzung am 14. Dezember 2016 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat den Entschließungsantrag auf Drucksache 18/9847 in seiner 82. Sitzung am 14. Dezember 2016 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Tourismus** hat den Entschließungsantrag auf Drucksache 18/9847 in seiner 63. Sitzung am 14. Dezember 2016 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Kultur und Medien** hat den Entschließungsantrag auf Drucksache 18/9847 in seiner 74. Sitzung am 14. Dezember 2016 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss Digitale Agenda** hat den Entschließungsantrag auf Drucksache 18/9847 in seiner 77. Sitzung am 14. Dezember 2016 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Wirtschaft und Energie hat den Entschließungsantrag auf Drucksache 18/9847 in seiner 99. Sitzung am 14. Dezember 2016 abschließend beraten.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Energie** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Entschließungsantrags auf Drucksache 18/9847 zu empfehlen.

Berlin, den 14. Dezember 2016

Mark Hauptmann
Berichtersteller